



## für ver.di Aktive an Saar und Blies

Ausgabe 10/26 (Nr.57) am 26. Juni 2026

Gewerkschaftstreff beim OV Saar-Blies:

# Gemeinsam diskutieren und handeln

Jeden zweiten Donnerstag im Monat trifft sich in Saarbrücken der Ortsverein der ver.di Saar-Blies. Manchmal mit einem festen Thema, mit Referentin oder auch mal mit Kultur, dann aber auch einfach so zur Diskussion aktueller Fragen. Stets führt unser Vorsitzender Rainer mit einem Kurzreferat in die aktuelle politische Lage ein. Dann wird diskutiert. Das macht richtig Spaß. Der nächste Termin ist am 9. Juli um 18 Uhr im ver.di-Haus. Sehen wir uns?

Eigentlich wollten wir uns am 9. Juli mit der Künstlichen Intelligenz befassen. Aber da unser Referent Dr. Luitpold Rampeltshammer eine REHA erhält, verschieben wir den Termin in den Herbst.

Und so wollen wir uns wieder im vertrauten und lockeren Kreis über gewerkschaftliche Anliegen austauschen und zur Meinungsbildung beitragen. Wie steht es in unserer Grundsatzerklärung? „Die Willensbildung in ver.di geht von den Mitgliedern aus. Die von ihnen und ihren Delegierten gewählten Vorstände sind ihnen gegenüber verantwortlich.“

Gerade in den letzten Wochen waren wir ja bei den verschiedenen Aktivitäten dabei. Das gilt es zu reflektieren und Schlussfolgerungen zu ziehen. Unsere beiden Vorsitzenden Rainer Tobae und Charlotte Matheis - das Foto zeigt sie beim saarländischen Pflorgetag - freuen sich auf einen spannenden Abend.



## Mit dem Bus nach Hannover

# Ein Aufstand braucht die Organisation

Das GKV-Sparpaket bedroht Kliniken, Pflegekräfte und Versicherte – und nun folgt der nächste Schlag: Ein Referentenentwurf zur Pflegereform setzt die Tariflohnpflicht in der Altenpflege aus. Mehr als 8.000 Menschen haben am 10. Juni in Hannover vor dem Treffen der Gesundheitsminister\*innen der Länder demonstriert. ver.di fordert: Der Bundestag muss die Notbremse ziehen – gegen Klinik Kürzungen, Tarifaushöhlung und die geplante Pflegereform. Von Saarbrücken dauerte der Protest mit An- und Abreise zwei Tage. Die Stimmung war kämpferisch. Wird das ausreichen?



Der Minister Magnus Jung kam vorbei und versicherte uns, dass die vorgelegten Gesetzesentwürfe so nicht beschlossen würden. Er gehörte zu den wenigen, die zumindest den Kontakt mit den Demonstrierenden suchten, die Bundesgesundheitsministerin Warzen musste deshalb aus Pappe auf die Bühne gestellt werden.

Die Gesetze zur Kranken- und Pflegeversicherung dürfen so nicht beschlossen werden“, erklärte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler. „Die dramatischen Einschnitte gefährden die Versorgung kranker und pflegebedürftiger Menschen. Sie gefährden alle Erfolge der letzten Jahre, die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen attraktiver zu machen und die Personalfucht aus der Pflege zu bremsen. Diese fatale Politik aus

dem Hause Warzen stößt bei Beschäftigten und in der Bevölkerung auf breite Ablehnung.“

Bundesgesundheitsministerin Nina Warzen (CDU) hat Gesetzesentwürfe vorgelegt, die für Krankenhäuser, Psychiatrien, Reha-Kliniken, den Rettungsdienst und die ambulante Krankenpflege unter anderem eine schlechtere Refinanzierung von Tarifierhöhungen sowie die Pflege am Bett und für die Altenpflege das Aussetzen der Tariflohnpflicht vorsehen. Zudem sollen Leistungen eingeschränkt, Zuzahlungen erhöht und die Rentenversicherung pflegender Angehöriger gekürzt werden.

„Die Bundesregierung betreibt Politik zulasten kranker und pflegebedürftiger Menschen, der Beschäftigten im Gesundheitswesen und der gesetzlich Versicherten“, kritisierte Bühler. „Die in den vergangenen Jahren hart erkämpften Verbesserungen waren eine Antwort auf das Versagen des wirtschaftlichen Wettbewerbs im Gesundheitswesen. Zu wenig Personal und schlechte Bezahlung haben viele Beschäftigte, vor allem Pflegekräfte, aus ihrem Beruf getrieben. Wer diese Haltelinien jetzt mit einem Federstrich beiseiten will, hat nichts verstanden.“

Auch die saarländische Gewerkschaftssekretärin Lisa Summkeller warnte davor, dass die erkämpften Verbesserungen in der Pflege nun wieder rückgängig





gemacht werden. Sie erinnerte in einer spontanen Rede von der Bühne aus an die große Aktion von 2008, als wir mit einem Sonderzug nach Berlin fuhren. Die Forderung damals: Der Deckel muss weg.

Jetzt versucht ver.di unter dem Motto „Klinikaufstand“ den Protest zu organisieren. Schließlich sind tausende Arbeitsplätze in Gefahr. Der Begriff Aufstand gefällt, haben wir im Pflegebereich an der Saar ja schon einmal unter dem Begriff Pflegeaufstand und Pflegestreik versucht, die Menschen im Gesundheitswesen zu mobilisieren. Und so kamen in Hannover auch unsere Fahnen „Aufstehn für die Pflege“ zum Einsatz.

In den vergangenen Wochen sind im ganzen Land immer wieder Beschäftigte des Gesundheitswesens gegen die Kürzungspläne auf die Straße gegangen. Zeitgleich zur Kundgebung in Hannover protestierten Beschäftigte vor Krankenhäusern und Psychiatrien in Bayern und Baden-Württemberg. „Statt unsozialer Kürzungen, die zur Verunsicherung in unserem Land beitragen, brauchen wir eine mutige, zukunftsfähige

Reform, die die Kranken- und Pflegeversicherung auf eine solide finanzielle Basis stellt“, betonte Bühler. „So könnten auf alle Einkommensarten Beiträge erhoben werden, zum Beispiel auch auf hohe Mieteinnahmen und Aktiengewinne. Das würde die solidarische Absicherung von Gesundheitsrisiken stärken und das System nachhaltig stabilisieren.“

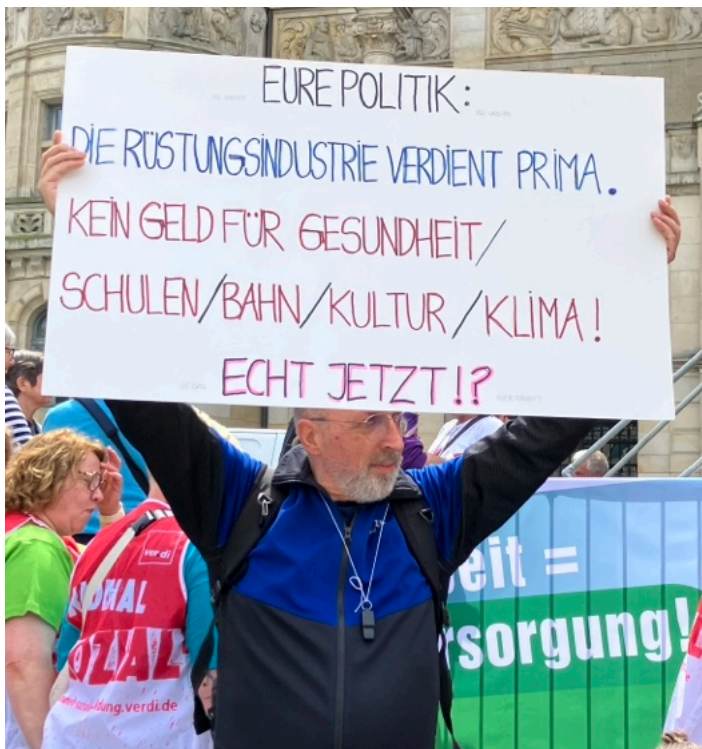
Auch die Krankenhausbetreiber protestieren. So beteiligen sich die saarländischen Kliniken an einem bundesweiten Aktionstag am 12.6., um gegen die Sparpläne der Bundesgesundheitsministerin zu protestieren. Symbolisch wurden für einige Zeit die Haupteingänge geschlossen. Das zeigt, dass eigentlich niemand – mit Ausnahme einiger Superreicher sowie privat Versicherter – für Warkens Vorschläge mit der Abrissbirne ist. Die Finanzierung der Krankenhäuser soll verschlechtert, die tarifliche Bezahlung dort zur Disposition gestellt, die Belastung für die Versicherten weiter erhöht werden. Mehr Zuzahlungen bei Arzneien, weniger Mitversicherung von Ehepartnern, schlechtere Honorierung der Ärzte – das wird unter „Beitragsstabilisierung“ verstanden. Ob am Ende die Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung auf dem heutigen Niveau bleiben, ist dabei längst nicht sicher.

Die Kosten steigen, auch weil private Pflegekonzerne und Kliniken ihren Aktionären und nicht den Patienten und Senioren verpflichtet sind. Die Pharmaindustrie sorgt unwidersprochen mit Mondpreisen bei wichtigen Medikamenten für stetige Ausgabensteigerungen. Zudem werden Beitragsmittel für Zwecke verwendet, die aus dem Steuertopf zu finanzieren wären, wie die Versicherung der Bürgergeldbezieher. Obendrein weigert sich Warken wie die gesamte CDU/CSU, über neue Einnahmequellen, etwa die Erhebung von Sozialbeiträgen auf hohe Kapitalerträge, auch nur nachzudenken.





Der Protest dürfte weiter zunehmen. Und wir Gewerkschafter sollten dabei helfen. Seit Monaten hören wir nahezu täglich dieselbe Geschichte: Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände, der Bundeskanzler Friedrich Merz und auch sein Vizekanzler behaupten in Interviews, Reden und Schlagzeilen, der Sozialstaat sei zu groß, zu teuer und eine Belastung für wirtschaftliches Wachstum. Beschäftigten, Teilzeitkräften und Leistungsempfänger:innen wird mangelnde Leistungsbereitschaft oder Bequemlichkeit angesichts sozialstaatlicher Errungenschaften vor-



geworfen. Statt darüber zu sprechen, wie unser Sozialstaat gerechter finanziert und gestaltet werden kann, wird nur darüber diskutiert, wo gekürzt werden soll. So wird immer nur im Rahmen der aktuellen Zustände diskutiert und im Kern damit die Probleme nur verstärkt, anstatt gelöst.

Gleichzeitig wird verschwiegen, dass nur deshalb angeblich kein Geld da ist, da es für eine wahnsinnige Hochrüstung ausgegeben wird. In Hannover gab es vereinzelnde Schilder mit Losungen gegen Krieg und Aufrüstung, aber den meisten Kolleginnen und Kollegen scheint der Zusammenhang noch nicht be-

wusst zu sein.

Ferner muss man sich bei uns auch darüber klar sein, dass lediglich mit Äußerungen in den sozialen Medien und in Pressemitteilungen wenig geändert wird. Die Regierenden zeigen uns die Waffen, um unsere Lage deutlich zu verschlechtern. Wir verhalten uns? Was ist unsere Strategie? Wenn wir unsere Rechte verteidigen wollen, dann wird dazu neben der Analyse auch die systematische Organisation der Gegenwehr nötig sein. Und da werden Worte nicht ausreichen. Wir haben die Aufgabe, die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben zu gewinnen. Es ist toll, dass in 50 Betrieben in Deutschland die Idee aufgegriffen wurde, gleichzeitige Betriebsversammlungen mit den Bundestagsabgeordneten durchzu-



führen, es wirft aber Fragen auf, warum das an der Saar nicht gemacht wurde. Wir brauchen einen Plan, wie wir Stück für Stück Macht aufbauen können, wie wir die Hegemonie bei den Kolleginnen und Kollegen erreichen und welche Kampfmaßnahmen wir vorbereiten, um an unsere Erfolge in der Entlastungsbewegung anzuknüpfen. Wer einen Aufstand will, der muss ihn organisieren.

Die Saarländer waren mit der Losung „radikal sozial“ in Hannover und wurden mit ihren Trommeln gut gehört. Die Stimmung war einwandfrei. Gefreut haben sich die Beschäftigten aus den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, dass auch Kollegen aus anderen Bereichen mitgefahren waren. Schließlich, so die Meinung, wir werden alle angegriffen. Jetzt ist Solidarität gefragt. Im Bus und Hotel waren noch ein paar Plätze frei. Das war schade, drückte aber die Stimmung nicht.

Die Vertreter des Ortsvereins waren vom jugendlichen Elan beeindruckt und sind sich sicher, der Kampf gegen den Kürzungswahn hat erst begonnen.

## Auf der Konferenz des Fachbereichs C:

# Neu aufgestellt

**Aktuell laufen in den Bezirken die Konferenzen der Fachbereiche, so auch in der Region Saar-Trier. Am 20. Juni trafen sich die Kolleginnen und Kollegen des Fachbereichs Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft - in ver.di-chinesisch „Fachbereich C“ - in Kirkel. Wir waren dabei.**

Organisationswahlen - das ist gelebte Demokratie, so betonte das Landesfachbereichsleiter Frank Hutmacher, der mit seinem Stellvertreter Tobias Zejewski aus Mainz angereist war. Er und der Bezirksgeschäftsführer Christian Umlauf begrüßten die Teilnehmer\*innen der Konferenz genauso wie Esther Braun vom Referat Pflege der Arbeitskammer die Konferenz herzlich bei der Kammer in Kirkel begrüßte.



Am Anfang ist alles etwas ungewohnt, wenn man nicht schon dutzende Konferenzen erlebt hat. Da müssen Geschäftsordnungen und andere Festlegungen getroffen werden und schließlich wird eine Konferenzleitung gewählt, damit die Konferenz selbst autonom alles entscheiden kann, denn sie ist das höchste Gremium im Fachbereich auf Bezirksebene.

Man müsse sich für die nächsten Aufgaben gut aufstellen, betonte Frank Hutmacher und umriss gemeinsam mit Christian Umlauf die aktuell anstehenden Aufgaben, insbesondere auf dem Gebiet der Verteidigung des Sozialstaates. Nach jahrelanger Unterbesetzung sei man nun froh, endlich im hauptamtlichen Bereich die Stellen besetzt zu haben und es stellten sich neben der Sekretärin Lisa Summkeller, auch die Kollegin Sandra Dzienkan, und die Sekretäre Veli Eroglu und Florian Schäfer vor. Der erkrankten Kollegin Steffi Schwack wurde ein herzlicher Gruß übermittelt.

Eine der ersten Höhepunkte war dann der Geschäftsbericht, gehalten von Lisa Summkeller und von Florian Schäfer ergänzt. Ehrlich wurde eingestanden, dass man wegen Personalmangel oftmals in den vergangenen vier Jahren nur als Feuerwehr unterwegs war und es deshalb an konzeptioneller und inhaltlicher Arbeit gemangelt habe. So wäre neben dem „Kerngeschäft der Tarifarbeit“ für andere Aufgaben oftmals keine Zeit geblieben. Berichtet wurde von den einzelnen Tarifrunden, darunter vom Erfolg an der Bosenberg-Klinik, aber auch beim ASB und der AWO. Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt waren die Personalratswahlen letztes Jahr und dieses Jahr die

Betriebsratswahlen, wobei Lisa darauf aufmerksam machte, wie die Belegschaften immer mehr ausgedünnt werden und die Tendenz zur Spaltung der Belegschaften negative Auswirkungen habe. Auch habe man versucht politisch auf bestimmte Ereignisse Einfluss zu nehmen. Sie hob hervor, dass die gemeinsame Fahrt zur jährlichen Gesundheitsministerkonferenz ein wichtiger Meilenstein im Gewerkschaftsleben des Fachbereichs ist. Nach kurzer Aussprache wurde der alte Vorstand entlastet und es begannen die Wahlen.

Zur Vorsitzenden wurde die Gesundheits- und Krankenschwester Sabine Stein von den Unikliniken des Saarlandes einstimmig gewählt, ihr Stellvertreter wurde der Krankenpfleger der SHG-Kliniken in Völklingen Kim Schlecker. Insgesamt gehören neun Kolleginnen und Kollegen dem neuen Vorstand an. Ebenso galt es, die Delegierten zur Landesfachbereichskonferenz und zur Bezirkskonferenz zu wählen.



Schließlich lag noch ein Antrag des Präsidiums unter dem Titel „Gegen Militarisierung und Aufrüstung“ vor. Endlich gab es eine Diskussion, an der auch verschiedene Ansichten vorgetragen wurden, einigen ging der Antrag nicht weit genug, andere wollten konkrete Arbeitsaufträge an den Landesfachbereich formulieren, wiederum andere hatten eine andere Ansicht zur Wehrpflichtfrage. Schließlich wurde der Antrag als Arbeitsmaterial an den Vorstand verwiesen, der daraus einen überarbeiteten Antrag an die Landesfachbereichskonferenz erarbeiten soll.

Bevor Sabine Stein die Konferenz beendete, bat Frank Hutmacher noch um ein kurzes „Vorschlusswort“. Er bedankte sich insbesondere bei Lisa Summkeller für ihre Arbeit und wünschte den Gewählten viel Erfolg. Ungeschminkt unterstrich er den Ernst der Lage und stellte die Aufgabe, in mehr Betrieben erzwingungsstreikfähig zu werden. Es stünden große Aufgaben vor uns.

ver.di-Aktionswoche:

# Schutzschirme für unsere Kliniken

In der Woche vom 22. bis 26.06. fanden betriebliche Aktionen statt. Kolleg\*innen machten öffentlich vor ihren Betrieben ihren Protest sichtbar. Die Kolleginnen und Kollegen spannten einen Schutzschirm für ihr Haus und ihre Arbeitsbedingungen auf.

Auf der Rückreise aus Lothringen am 21. Juni verteilte der Ortsverein im Bus einen Flyer mit der Überschrift „Der Kampf gegen den Sozialabbau beginnt.“ Es erfolgte der Aufruf, die Beschäftigten in den Krankenhäusern zu unterstützen, die in einer Aktionswoche unter der Losung „Schutzschirm für unsere Kliniken“ zu „aktiven Pausen“ vor ihren Häusern aufgerufen hatten. Ziel war es, den Protest sichtbar zu machen und die Kolleginnen und Kollegen zu mobilisieren.



Dabei wurden nicht nur zahlreiche große und kleine Sonnenschirme aufgespannt, sondern gelang dem Fachbereich auch, den saarländischen Gesundheitsminister Dr. Magnus Jung als Schirmherr zu verpflichten. Er sprach dann auch bei der aktiven Pause auf dem Winterberg, denn auch er stimmt den Plänen der Bundesgesundheitsministerin Nina Warzen mit ihrer Kürzungsorgie nicht zu. Allerdings gab er auch zu bedenken, dass das Gesetz nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

Auf dem Winterberg waren über 200 Kolleginnen und Kollegen um 10:45 Uhr zur Pause vor dem Haupteingang getreten, darunter auch der Geschäftsführer und Ärztliche Direktor Dr. Christian Braun.

Lisa Summkeller erinnerte daran, dass genau vor 11 Jahren am 24. Juni 162.000 Menschen sich vor den deutschen Krankenhäusern versammelten, um den Mangel von 162.000 Stellen deutlich zu machen. Auf dem Winterberg wurden damals die Nummern 161.776 bis 162.000 hochgehalten, die letzte Num-



mer von der Bundesfachbereichsleiterin Sylvia Bühler.

Die Kolleginnen und Kollegen befürchteten, dass durch



die Vorhaben, sie an Gehalt verlieren werden, die Art der Finanzierung zu Stellenabbau führen und mindestens die Hälfte der saarländischen Krankenhäuser



in ihrer Existenz gefährden. Die Erfolge, die wir uns in den letzten zehn bis 20 Jahren mühevoll erkämpft haben, drohen, rückgängig gemacht zu werden. Anstatt einen Notstand zu beseitigen, wird der Notstand im Gegenteil sich vertiefen. Die Versorgung der Bevölkerung wird sich weiter verschlechtern und die Arbeitsbedingungen werden noch mehr Kolleginnen aus ihren Berufen treiben.



So soll, wie man hört, die Kosten für die Pflege am Bett wieder ins DRG-System zurück und die erkämpften PPR-Zahlen, die festlegen, wie viel Personal auf wie viele Patienten vorgehalten werden muss, wieder abgeschafft werden.

Die Bundesregierung verspricht stabile Krankenkassenbeiträge, will die Rechnung dafür aber den Einrichtungen, ihren Beschäftigten und letztlich den Patientinnen und Patienten präsentieren. „Wer den Kliniken Milliarden entzieht, verschärft Personalmangel, Arbeitsverdichtung und Versorgungsengpässe“, erklärte Lisa Summkeller, Gewerkschaftssekretärin von ver.di Region Saar-Trier.

Schon heute arbeiten viele Beschäftigte dauerhaft an der Belastungsgrenze und darüber hinaus. Die Be-



schäftigten halten die Versorgung jeden Tag am Laufen. Sie brauchen bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal statt eines neuen Sparprogramms. ver.di fordert die Bundestagsabgeordneten auf, die Kürzungspläne zurückzunehmen und für eine nachhaltige, solidarische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung und der Kliniken zu sorgen.

An der Aktionswoche beteiligten sich im Saarland die ver.di-Gruppen der SHG auf dem Sonnenberg, an der Uniklinik des Saarlandes, des Winterberges in Saarbrücken, der SHG-Kliniken in Völklingen, der REHA-Klinik Bosenberg in St. Wendel und der Knappschaftsklinik in Püttlingen. Auch der Ortsverein war dabei.



DGB rief zum Warm-up

# Heiße Sommerluft oder Lüftchen vorm Sturm im Herbst

Es kam ein wenig kurzfristig. Am 17. Juni rief unser Ortsvorstand für die 36. Kalenderwoche zu einer Reihe von Aktionen auf. Darunter auch eine Veranstaltung des DGB im Saarbrücker Bürgerpark. Man wollte noch vor den Sommerferien ein Zeichen setzen.

Man traf sich bei 37 Grad unter Lindenbäumen im Saarbrücker Bürgerpark. Perfekt die Organisation. Es gab Eis, Würstchen und kühle Getränke. Eine Bühne war aufgebaut, Sitzgarnituren im Schatten, Toiletten und reichlich Müllbehälter. Ohne Frage, wenn der DGB etwas anpackt, dann hat das Hand und Fuß. Die Polizei ist dann auch dabei und alles geht gesittet zu.



Der DGB wollte ein erstes, klares Zeichen setzen für soziale Sicherheit, für einen starken Sozialstaat und gegen Angriffe auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. So die Aussage in der Mail des DGB an Funktionäre. Dieses Warm-up sei der Auftakt, denn in den kommenden Monaten kommt es auf uns an.



Und es wurde kämpferisch gesprochen von Timo Ahr vom DGB, von Nicole Spath von ver.di, von Stephan Rolles von der IG Metall, von Tobias Wolfanger von der NGG, von Thomas Kreten von der IG Bau, von Thomas Bock von der EVG, von Josua Dirks von der ver.di Jugend und von Jakob Maas von der DGB-Jugend.



Es gab viele starke Worte, die unterschiedlichen Probleme von Saarstahl über das Gesundheitswesen, den 8-Stunden-Tag, die Rente bis zum Bafög wurden die Dinge angesprochen, die man uns alle jetzt nehmen will bzw. verschlechtern möchte.

Es war fürchterlich heiß, so dass wirklich nur die Hartgesottene kamen. Die Kolleginnen und Kollegen, perfekt moderiert von Fabienne Wolfanger, bekamen für ihre Kritik und Aussagen den erwarteten Beifall und Zustimmung. Eine junge Kollegin vom Krankenhaus in Sulzbach flüsterte mir zu, hoffentlich bleibt das hier nicht alles nur heiße Luft, sondern es folgen



auch Taten. Als sie das flüsterte, kam ein leichter Windstoß auf und ließ unsere Fahne ein wenig flattern. Ein angenehmes Lüftchen an Tagen, an denen es einem leicht übel wird. Traf das auch auf die Kundgebung zu?

Ja, es wurde viel darüber geredet, dass die Bosse und die Regierung jetzt den Klassenkampf von oben betreiben würden und die Regierung die sogenannten Sozialpartner nicht einbezogen hätte. Aber so fragt man sich, warum sprechen wir nicht vom Klassenkampf von unten? Ist uns nicht wirklich klar, was da passiert in unserem Land? Es handelt sich um einen großangelegten Angriff auf unsere Rechte. Einen solchen Kampf kann man nur durch energischen Kampf gewinnen. Und da diesen Kampf die Klasse führen muss, nennt man das Klassenkampf.

Nicole Spath, die Krankenschwester von den SHG-Kliniken in Völklingen, sprach deutlichere Worte, als sie betonte, dass man den Kampf nicht im stillen Kämmerlein gewinnen könne, „sondern gemeinsam in den Kliniken, in den Pflegeheimen, in den Betrieben und auf der Straße.“ Sie war es auch, die eine Verbindung zur Aufrüstung herstellte und darauf aufmerksam machte, „da ist Geld da“. Auch Timo Ahr meinte mit Blick auf das Transparent unseres Orts-



verbandes „Sozial statt kriegstüchtig“, dass man auch mehr über Abrüstung reden müsste.

Positiv ist festzuhalten, dass der DGB und seine Einzelgewerkschaften endlich mal gemeinsam ihre Ablehnung der sogenannten Reformen bekundeten. Hoffen wir, dass es wirklich nur ein Warm-up war. Wir sollten jedenfalls warm genug geworden sein, um einen heißen Herbst hinzulegen. Macht die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben mobil.

Nebenbei: Es war zwar unerträglich heiß, aber ich spüre auch gerne die Wärme der Solidarität innerhalb der Gewerkschaftsfamilie. Es hat auch Spaß gemacht.

## Protest am 1. Juli in Burbach:

# Die Linke mobil gegen Sozialraub

Die Partei Die Linke möchte das Leben bezahlbar machen und ruft deshalb am Mittwoch, 1. Juli um 18:00 Uhr zum Protest auf den Burgbacher Markt in Saarbrücken.

In einer Mail des stellvertretenden Landesvorsitzenden und unseres Kollegen Dennis Kundrus an ver.di heißt es: „Wir wenden uns heute an euch, weil die Bundesregierung Kürzungen plant, die viele Menschen unmittelbar treffen würden. Gesundheit und Pflege, Jugend- und Behindertenhilfe, soziale Sicherung, Arbeitnehmerrechte und die Unterstützung von Studierenden stehen unter Druck. Aus unserer Sicht droht ein Sozialabbau, dessen Folgen vor allem diejenigen tragen sollen, die ohnehin schon mit steigenden Lebenshaltungskosten, hohen Mieten und wachsender Unsicherheit zu kämpfen haben.“

Wir wissen, dass viele von euch sich tagtäglich für soziale Gerechtigkeit, gute Arbeitsbedingungen, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen. Deshalb möchten wir euch über eine Protestaktion informieren und herzlich dazu einladen, euch daran zu beteiligen.“



Der Landesvorsitzende Florian Spaniol, der auch unser 25-Jahr-Fest besuchte, betont die Notwendigkeit des gemeinsamen Handels und stellt fest: „Wir sind überzeugt: Gegen Sozialabbau hilft nur breite gesellschaftliche Solidarität. Gewerkschaften, Sozialverbände, Wohlfahrtsorganisationen, Initiativen, Studierendenvertretungen und viele weitere Akteure haben oft unterschiedliche Schwerpunkte – aber ein gemeinsames Interesse daran, soziale Rechte zu verteidigen und das Leben für die Menschen bezahlbar zu machen. Deshalb würden wir uns freuen, wenn ihr die Demonstration in euren Netzwerken bekannt macht, mit euren Mitgliedern und Aktiven teilnehmt oder die Mobilisierung auf andere Weise unterstützt. Lasst uns gemeinsam ein Zeichen setzen, dass Kürzungen bei denjenigen, die ohnehin schon unter Druck stehen, keine Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit sind.“

**Aktionstag am 22. Juni:**

# Kommunen am Limit

**Die saarländischen Kommunen stehen finanziell unter großem Druck. Kaputte Straßen, verfallene Dorfgemeinschaftshäuser, geschlossene Schwimmbäder, baufällige Schulen und marode Kitas. Hier im Saarland sehen wir überall, dass die Kommunen wenig Geld haben. Die Folgen sind bereits heute in vielen Bereichen der kommunalen Daseinsfürsorge spürbar.**

Von St. Ingbert bis St. Wendel, von Saarbrücken bis Merzig – in mehreren Städten und Landkreisen gab es am 22. Juni unter dem Motto „Kommunen am Limit“ öffentliche Protestaktionen. Inhaltlich ging es um die dramatische Finanzlage der Kommunen. Der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund hatten zu dem bundesweiten Aktionstag aufgerufen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund unterstützte die Aktion und rief zur Teilnahme auf. Als gute Gewerkschafter folgen wir selbstverständlich dem Aufruf des DGB und riefen zur Teilnahme am Protest des Regionalverbandes und schleppten uns in der Mittagshitze zum Saarbrücker Schloss, obwohl Medizin und Wetterdienst empfahlen, das Haus nicht zu verlassen. Nachdem man sich durch Baustellen gekämpft und gegen Gebühr endlich einen Parkplatz gefunden und man mühevoll den Schlossberg erklommen hatte, sah man noch den DGB-Kollegen Thomas Schulz von dannen radeln. Ich erfuhr, man habe den Protest schon vor einer Stunde durchgeführt.

Aber, wir trafen noch die Regionalverbandsdirektorin Carolin Lehberger, unseren Geschäftsführer Christian Umlauf und die Vorsitzende des Gewerkschaftsrates Lisette Hörig. Da ließen wir uns noch schnell zum Beweis ein Foto machen und als wir gingen, begegneten uns weitere drei ver.dianer, die auch entsprechend unserem Aufruf protestieren wollten.

Wenn der Bus nicht mehr fährt, die Kita schließt und die Verwaltung nur noch auf Sparflamme läuft – dann ist klar: Den Kommunen fehlt Geld. Die Bundesregierung muss jetzt dringend deren Finanzierung sichern, so die Ansicht von ver.di. Ein demokratisches Gemeinwesen braucht starke Kommunen und einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst – mit guter Ausstattung und qualifiziertem Personal.

Das Defizit steigt von Jahr zu Jahr. Durch wachsende Pflichtaufgaben und steigende Umlagen werden die finanziellen Spielräume zunehmend eingeengt. Wer unsere Demokratie retten will, sollte mit den Kommunen anfangen.

Mit Schlaglöchern übersäten Straßen, bröckelnder Putz in den Schulen, marode Turnhallen – die kommunale Infrastruktur in Deutschland geht vor die Hunde. Auf über 230 Milliarden Euro beläuft sich der Investitionsrückstand für die Kommunen in diesem Jahr. Ein Rekordwert, wie die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in einer Umfrage unter gut 1.000 Städten, Gemeinden und Kreisen ermittelt hat. Das Defizit beträgt über 15 Milliarden Euro mehr als



ein Jahr zuvor. Allein für die Schulen fehlen insgesamt fast 69 Milliarden Euro, für die Straßen sind es knapp 54 Milliarden Euro und für die Sportstätten werden weitere sechs Milliarden Euro benötigt. Auch für Katastrophenschutz und Verwaltungsgebäude fehlen Milliardenbeträge.

Dass sich die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt kommunale Daseinsvorsorge und Sozialstaat nicht mehr leisten kann, ist ein verlogenes Narrativ. Sparpolitik ist nicht die Lösung, sie ist der Grund für die kommunale Krise. Deswegen ist es richtig, diese Initiative zu unterstützen. Deswegen plant ver.di auch eine Kampagne unter gleichem Motto.

Ob Klimaschutz, Wohnen, Verkehr, Bildung oder Pflege – ohne ausreichende Mittel und Personal könnten Kommunen zentrale Zukunftsaufgaben nicht stemmen, warnt ver.di. Wir erwarten endlich konkrete Vorschläge der Bundesregierung für eine nachhaltige, verlässliche und gerechte Finanzierung der kommunalen Haushalte.

## Arbeiterbewegung in Saar-Lor-Lux für Frieden

# An einem Sommertag

Aus Anlass des 85. Jahrestages des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion (Operation Barbarossa) am 22. Juni 1941 führte der Ortsverein ver.di Saar Blies ein internationales Treffen gegen Faschismus und Krieg im Drei-Länder-Eck gemeinsam mit Kooperationspartnern durch.

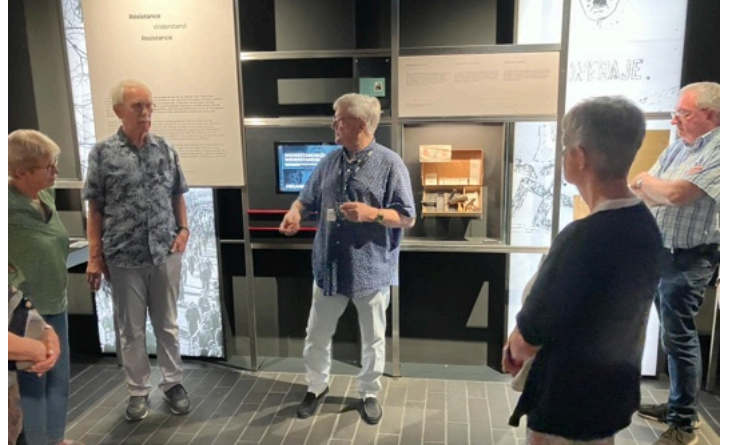
Der Feldzug der Nazis zielte auf einen rassistischen Vernichtungskrieg zur Zerstörung des „jüdischen Bolschewismus“. Der gesamte europäische Teil der So-



wjetunion sollte erobert, ihre politischen und militärischen Führungskräfte ermordet und große Teile der Zivilbevölkerung dezimiert und entmachtet werden. Mit dem Hungerplan, zu dem die Belagerung Lenins gehörte, wurde der Hungertod vieler Millionen Kriegsgefangener und Zivilisten einkalkuliert, und nach dem „Generalplan Ost“ sollten großangelegte



Vertreibungen folgen. Außerdem wurden Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD ausgebildet, die hinter der Front Massenmorde an Juden, Slawen und kommunistischen Funktionären begehen sollten. Zu all dem erteilte das NS-Regime seit März



1941 völkerrechtswidrige Befehle, die von der Wehrmachtsführung ihrerseits übernommen und weitergegeben wurden. Das alles war Grund genug, an diesem Tag feierlich dieses Ereignis zu gedenken und



deutlich zu machen, wir wollen weder Krieg noch Faschismus.

Am Sonntag, 21. Juni, fuhren wir bei brutaler Hitze mit vollem Bus ins Musée National de la Résistance et des Droits Humains (MNRDH) in Esch-sur-Alzette in Luxemburg. In zwei Gruppen gab es eine Führung zum Widerstand, zur NS-Represion und zum Holocaust im Nachbarland. Begleitet wurden wir von aktiven Gewerkschaftern, die uns von ihrer antifaschistischen Friedensarbeit erzählten.

Um 11 Uhr hieß es weiterfahren nach Frankreich, das Ziel hieß Guinkirchen. Die Anfahrt war für den großen Bus nicht so einfach, aber unser Fahrer war spitze und





er kann auch rückwärtsfahren an Abgründen vorbei. Im modernen Gemeinschaftshaus trafen wir auf französische Kolleginnen und Kollegen und wir stärkten uns mit leckerem Grillschinken und Getränken. Seit dem frühen Morgen war der Schinken gegrillt worden.



Nach dem Freundschaftssessen verlegten wir die Kundgebung kurzerhand in den Saal. Unser Kollege Hans Ruge interpretierte gefühlsvoll Jepestinija Stepanowas Garten und Kollege Rainer Tobae hielt eine bewegende Rede, die auf viel Zustimmung stieß. Anschließend schilderte Kollegin Christine Le Yaouanc von La France insoumise für die französische Seite deren Kampf. Ernst-Rainer Hertel sprach ein Grußwort für die VVN-Bund der Antifaschisten. Der Lehrer Gabriel Becker informierte über die Bedingungen des Lagers und zeigte sehr eindrucksvolle Bastelarbeiten der Gefangenen, die den Bauern geschenkt wurden, zu deren Arbeitseinsatz sie abkommandiert wurden. Sie erhofften sich so Lebensmittel. Diese Bastelarbeiten waren sehr beeindruckend und lösten bei den Teilnehmern Betroffenheit aus. Hannelore Philippi schenkte namens der Gruppe Kraniche aus Homburg zwei Rechercheergebnisse zweier Gefangener, die im Lager gewesen waren.



Dann ging es weiter zum Camp Ban Saint Jean bei Boulay. Auf dem Weg dorthin hielten wir am ukrainischen Friedhof. Dort sind nahezu 3.000 Sowjetbürger in einem Massengrab vergraben. Wir legten ein paar Blumen nie-



der.

Hier nahe der saarländischen Grenze wurden von Herbst 1941 bis Herbst 1944 ca. 320.000 sowjetische Kriegsgefangene verwahrt und in unwürdigsten Bedingungen gehalten. Es war ein Zweiglager der Wehrmacht in Forbach und wurde Stalag XII G Johann-Bannberg genannt. Gebaut wurde das Camp für 1.200 Menschen. Zeitweise pferchte man 4.000 Männer in das Lager. Wer arbeitsfähig war, musste arbeiten, versorgt wurden sie nicht. Sie aßen Gras und Würmer. 30.000 von ihnen starben an Hunger, Entkräftung, Totschlag oder Erschießungen, wie uns dort erklärt wurde.



In praller Sonne auf offenem Feld ist eine Stele erbaut. Gemeinsam mit dem Lehrer Becker und Freunden und Kollegen aus Frankreich legten wir feierlich das Gebinde nieder und gedachten schweigend den Kriegsoffern.



**Dokumentiert:**

# Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg.

**Auf dem Internationalen Treffen gegen Faschismus und Krieg aus Anlass des 85. Jahrestags des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion hielt unser Vorsitzender Rainer Tobae eine Rede, die wir hier auszugsweise dokumentieren.**

Am 22. Juni 1941 überschritten die Truppen des faschistischen Deutschlands die Grenze zur Sowjetunion. Es begann ein Vernichtungskrieg zur Zerstörung des von den Nazis so bezeichneten „jüdischen Bolschewismus“. Mit dem „Generalplan Ost“ sollten großangelegte Vertreibungen erfolgen, um die eroberten Gebiete anschließend zu germanisieren. Im Interesse des deutschen Kapitals sollten die enormen Bodenschätze ausgebeutet werden. Am Ende des Krieges hatte die Sowjetunion etwa 27 Millionen Tote zu beklagen, darunter mehr als 18 Millionen Zivilisten.

Wir gedenken heute allen Toten dieses Krieges, wir gedenken allen Opfern des Faschismus, wir gedenken all denen, die in unseren Ländern Frankreich, Luxemburg und Deutschland sich den Faschisten im Widerstand entgegenstellten.

Wir gedenken hier, im ehemaligen Militärlager Camp du Ban-Saint-Jean, den über hunderttausend Kriegsgefangenen aus den verschiedensten Sowjetrepubliken, die hier verwahrt und unter unwürdigsten Bedingungen gehalten wurden. Wir gedenken den 30.000 unter ihnen, die an Hunger und Entkräftung durch Totschlag und Erschießungen ihr Leben verloren.

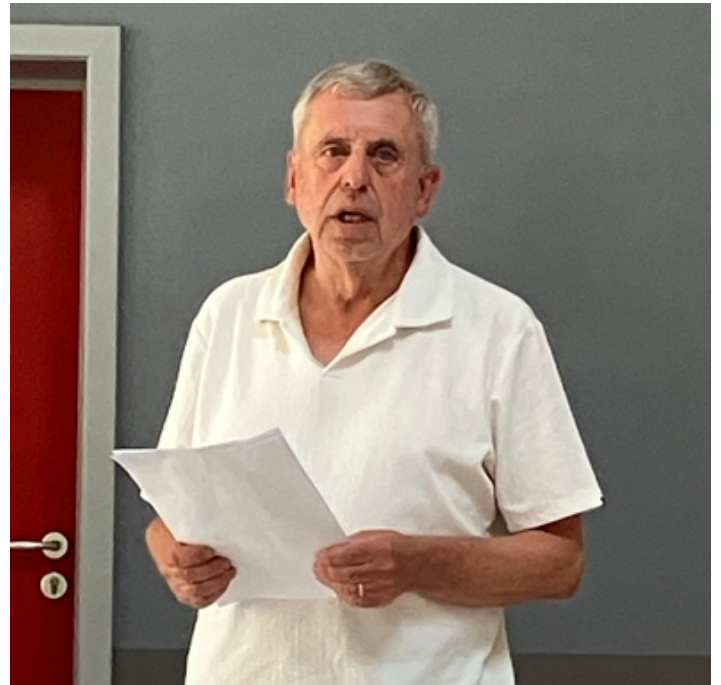
Und wir vergessen nie den entscheidenden Beitrag der roten Armee und der Völker der Sowjetunion zur Befreiung unseres Landes vom Faschismus.

...  
Das Ausrufen der Zeitenwende durch den damaligen Bundeskanzler Olaf Scholz im Februar 2022 war das Signal für eine Hochrüstung, wie wir sie in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht erlebt haben. Seither verändert sich unser Land grundlegend.

Zunächst wurde ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro aufgelegt, dann wurden 2 % des BIP für Militärausgaben veranschlagt, jetzt wird die Vorgabe von Trump und NATO, bis 2035 5 % des BIP für Rüstung aufzuwenden, vorzeitig umgesetzt. Das bedeutet, dass annähernd 50 % des gesamten Haushalts für Militärausgaben drauf gehen.

Der Rüstungsmarkt boomt. In den vergangenen fünf Jahren stiegen laut Stockholmer Friedensforschungsinstitut die globalen Waffenlieferungen um knapp zehn Prozent im Vergleich zum vorherigen Fünfjahres-Zeitraum. Europa hat seine Rüstungsimporte nahezu verdreifacht und steht nun im weltweiten Vergleich mit einem Anteil von 33 Prozent an erster Stelle. Der starke Anstieg der Waffenlieferungen an europäische Staaten hat die weltweiten Waffenlieferungen um fast zehn Prozent in die Höhe getrieben. Die Waffenimporte der derzeit 29 europäischen NATO-Staaten stiegen zwischen 2016 und 2025 um 143 Prozent an. Deutschland wurde mit einem Anteil von 5,7 Prozent am Weltgeschäft zum viertgrößten Waffenexporteur. Unser Land soll kriegstüchtig werden. Wir sehen das in vielen Bereichen der Gesellschaft.

Die Bundeswehr geht in unseren Schulen ein und aus und wirbt auch bei Minderjährigen. Die Regelmusterung ist



eingeführt und die allgemeine Wehrpflicht wird vorbereitet. Sie brauchen offenbar die Wehrpflicht, um uns kriegstüchtig zu machen. Folgt dann, wenn wir kriegstüchtig sind, der Krieg?

Regelmäßig werden Bundeswehr und Aufrüstung in den Medien verklärt und beworben. Werbung sehen wir auch auf Sportplätzen und in Stadien, Rheinmetall stieg als Großsponsor bei Borussia Dortmund ein, unsere Brötchen erhalten wir in Bundeswehrtüten. Und - heute, einen Tag vor dem Überfall auf die Sowjetunion, feiert die Bundeswehr den Veteranentag und das ganze Land soll mitfeiern. Nein, wir feiern nicht mit. Wir sind nicht stolz auf die Veteranen, die beteiligt waren an dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien und der Bombardierung Belgrads. Wir sind nicht stolz auf diejenigen, die 2009 das Massaker von Kundus mit 142 Toten darunter Zivilisten und Kindern zu verantworten haben. Den Veteranentag heute zu begehen, ist mehr als eine politische Geschmacklosigkeit, es ist ein Skandal.

... Die Militarisierung der Gesellschaft hat längst die Arbeitswelt erreicht. Kollegen, die jahrzehntelang zivile Fahrzeuge produziert haben, finden sich plötzlich in Rüstungsbetrieben wieder. Wo gestern noch Waggons gebaut wurden, werden heute Panzer produziert, Lehrer werden verpflichtet, Soldaten einzuladen, Journalisten haben die außenpolitische Linie der Bundesregierung zu folgen und Sachbearbeiterinnen bei der Agentur für Arbeit werden darauf geschult, Arbeitslose zur Bundeswehr zu vermitteln.

Gleichzeitig erleben wir, wie der Sozialstaat ruiniert wird. Die Abschaffung des Bürgergeldes und die Verschärfung der Sanktionen gaben uns einen Vorgeschmack darauf, dass es dieses Mal um die Grundfesten sozialer und gewerk-

schaftlicher Errungenschaften geht. Öffentliche Diskussionen über die faulen Arbeitnehmer, Streichung von Feiertagen, das Schleifen der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Koalitionsvereinbarung zur Abschaffung des acht-Stunden-Tages, die Vorbereitungen zu Einschränkungen des Streikrechtes. Mit der Reform der gesetzlichen Krankenversicherung werden Beschäftigte und RentnerInnen weiter belastet, Leistungen in der Krebsvorsorge und beim Zahnersatz werden gestrichen, bei der Pflegeversicherung wird der Zugang verschärft, Leistungen gestrichen, der Heimaufenthalt verteuert und Angehörige belastet. Auch bei der Rente drohen weitere Verschlechterungen. Wir sollen länger arbeiten und unsere Beiträge werden zu den Kapitalmärkten getragen.

Die Herrschenden versuchen uns dabei immer wieder weiszumachen, dass das eine mit dem anderen nichts zu tun hat, sie wollen die Friedensfrage von der sozialen Gerechtigkeit trennen. Doch es ist so einfach wie wahr: Die Gleichen, die uns erzählen, es wäre kein Geld da für unsere soziale Sicherheit, treiben Milliarden und Abermilliarden für neue Waffen auf. Dieselben Ministerinnen und Minister, die die Ausgaben für Kranke und Arbeitslose kürzen, bieten Blankoschecks für die Rüstungsindustrie und Kriegswirtschaft. Wir hören, die Kassen sind leer, kein Geld für Gesundheitspersonal, für KITAS, kein Geld, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, kein Geld da, um marode Schulen zu sanieren, für einen funktionierenden öffentlichen Nahverkehr. Aber wenn Aufrüstung auf der Tagesordnung steht, ändert sich der Ton, dann sind die Kassen prall gefüllt. Die Bekenntnisse zur Schuldenbremse klingen uns noch in den Ohren. Schulden machen für die Zukunftssicherung, das durfte nicht sein, plötzlich – wenn es der Kriegstüchtigkeit dient, ist es mutig, Schulden zu machen.

Als Begründung dient ein Bedrohungsszenario durch Russland und Zweifel an der Bündnistreue der Trump-Administration. Doch schon heute sind die NATO-Staaten (auch ohne die USA) Russland militärisch weit überlegen. Durch die geplanten Maßnahmen würde sich das krasse Übergewicht der NATO bei den weltweiten Militärausgaben noch auf zwei Drittel vergrößern.

Ja, es gibt in den Gewerkschaften unterschiedliche Bewertungen, was den Ukraine-Krieg und dessen Ursachen angeht. Aber es gibt weitgehend Einigkeit darüber, dass es darauf ankommt, ihn zu beenden. Und zu beenden ist er nur durch Diplomatie, nicht durch immer mehr Waffenlieferungen. Die Lieferung weitreichender Waffensysteme lässt den Krieg aktuell weiter eskalieren. Es gibt seitens Europas und Deutschlands keinen Gesprächsfaden mehr zu Moskau. Auf allen Ebenen politisch, wirtschaftlich, in den Wissenschaften, bei Sport und Kultur wurden bestehende Kontakte gekappt.

Der amerikanische Ökonom Geoffrey Sachs hat bei der großen Friedenskundgebung in Stuttgart im letzten Herbst leidenschaftlich für diplomatische Lösungen geworben. Er hat dabei belegt, dass es eine Legende ist, wenn behauptet wird, Russland wolle keine Verhandlungen. Er hat belegt, wer die Verantwortung dafür trägt, dass bestehende Verträge und Vereinbarungen gekündigt und gebrochen wurden. Es waren die Vereinigten Staaten, so Geoffrey Sachs, die aus dem Vertrag über antibalistische Raketen ausgestiegen sind. Es waren die Vereinigten Staaten, die aus dem INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckenraketen ausgestiegen

sind. Es waren die Vereinigten Staaten und Deutschland, die das Versprechen brachen, die NATO nicht zu erweitern. Es waren die Vereinigten Staaten, Deutschland und Frankreich, die ihre Garantie für das Minsker Abkommen II aufkündigten. Es waren die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich, die der Ukraine sagten: „Kämpft weiter.“ Keine Neutralität – wie im April 2022 im Istanbul Prozess vereinbart. Es ist also kein Wunder, wenn in Russland gegenüber Deutschland und Europa kein Vertrauen mehr vorhanden ist.

Beschlossene Position der Gewerkschaft ver.di ist diese: „ver.di lehnt Kriege als Mittel der Politik grundsätzlich ab. Alle Konflikte zwischen den Staaten müssen auf dem Wege der Verhandlung gelöst werden. Dies muss die Leitlinie deutscher Außenpolitik sein. Darin liegt die gewachsene Verantwortung Deutschlands und daran messen wir die Aktivitäten der Bundesregierung.“ Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich auf seinem jüngsten Kongress gegen die Wehrpflicht positioniert und eine Entschließung Friedensfähig statt Kriegstüchtig verabschiedet. Beides muss jetzt mit mehr Leben gefüllt werden und mehr zur aktiven Politik werden.

Wir brauchen eine Rückkehr zu ernsthaften Verhandlungen zur Beendigung des Krieges, über Rüstungskontrollverhandlungen und Abrüstung. Nur so wird in Europa ein politisches Klima möglich, in dem niemand in Europa und auch niemand in Russland Angst vor einem Krieg haben muss.

Denn darüber sollten wir uns auch im Klaren sein. Wer so hochrüstet, wie es Deutschland und Europa tun, der setzt sich dem Verdacht aus, einen Krieg vorzubereiten. Viele halten eine solche Einschätzung vielleicht für übertrieben, sie können es sich nicht vorstellen. Es war auch offen gestanden schwer vorstellbar in einer Bundesrepublik Deutschland, die lange geprägt war durch die Friedensbewegung der achtziger Jahre und die auf Entspannung ausgerichtete Politik in der Ära Willy Brandt, für die die Losung stand: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts, und in der es auch hieß: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Aber vergessen wir nicht, der deutsche Imperialismus verantwortete zwei Weltkriege, an deren Ende zwischen 77 und 97 Millionen Tote zu be-trauern waren.

Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus, dafür zu kämpfen, das schworen sich die Häftlinge von Buchenwald. Beide Seiten des Schwurs von Buchenwald nie wieder Krieg - nie wieder Faschismus, dafür wollen wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wirken und kämpfen. Nie wieder sollen Arbeiter auf Arbeiter schießen. Das heißt, sich heute wieder aufkommenden Neonazismus, Nationalismus und Rassismus entschieden entgegenzustellen und allen, denen in den Arm fallen, die mit ihrer Politik den Schoß noch fruchtbar halten, der das gear.

Und das bedeutet ebenso entschlossen, den Kampf gegen Hochrüstung und Militarisierung zu führen, denn auf Rüstung folgt Krieg. Viele meiner Generation hatten in ihrer Jugend den Traum von einem geeinten, friedlichen und sozialen Europa. Wir geben diesen Traum nicht auf, wir bauen auf internationale Solidarität und Freundschaft. Wenn wir Gewerkschafter unterschiedlicher Länder uns weigern, uns als Feinde zu sehen, dann haben die Kriegstreiber und Rüstungskonzerne keine Chance. Wenn wir den Kampf führen, werden wir den Frieden gewinnen.

## Gedanken von der Ruhebänk

# Soldaten im Sommer

Jedes Quartal schreibt unser Mitglied Michael Quetting auf seiner Webseite einen aktuellen Kommentar, den er „Gedanken auf der Ruhebänk“ nennt. Hier der Text, den er zum Sommerbeginn geschrieben und veröffentlicht hat.

Am 21. Juni 2026 beginnt kalendarischer Sommer genau um 10:24 Uhr. 1941 war es 21:33 Uhr, als die Sonne ihren Hochstand über dem nördlichen Wendekreis erreichte.

Die Sommersonnenwende übt seit jeher eine besondere Faszination auf die Menschen aus. Am längsten Tag des Jahres lässt es sich gut feiern. So auch dieses Jahr. Es gibt ein zentrales Fest rund um das Reichstagsgebäude in Berlin, und auch der Landtag in Saarbrücken will nicht abseits stehen. Gefeiert wird der Nationale Veteranentag.

Der Gedenktag ist offiziell am 15. Juni. Da das aber ein Werktag ist, finden die Festveranstaltungen am 21. Juni statt.

Ehre den deutschen Soldaten. Nach dem Ersten Weltkrieg war es der „Volkstrauertag“, die Nazis machten daraus „Heldengedenktag“, und bei uns heißt es nun „Nationaler Veteranentag“. Nun gedenkt natürlich das offizielle Deutschland nur den westdeutschen Soldaten, die Nationale Volksarmee der DDR hatte sich ja im Gegensatz zur Bundeswehr noch nicht einmal an einem Krieg beteiligt.

Gestärkt werden soll die Verbundenheit zwischen Soldat und Gesellschaft. Das Militärische wird normalisiert. Schließlich werden Soldaten gebraucht, selbstverständlich auch Soldatinnen. Und sie nehmen auch schon die Kinder mit 17 Jahren. Wertschätzung ist da wohl das Mindeste. Da muss man schon eine Priorität setzen. Natürlich hätte man zum Beispiel auch einen Tag der Wertschätzung für Pflegekräfte beschließen können, aber deren Leistungen reichen da wohl nicht.

Zurück zum Datum. Erinnern wir uns an den 21. Juni vor 85 Jahren?

Der 21. Juni 1941 war der unmittelbare Vorabend des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion. An diesem Tag liefen die letzten, fieberhaften Vorbereitungen der Wehrmacht für den größten Feldzug der Geschichte, der als erbarmungsloser Vernichtungskrieg geplant war. Um 13:00 Uhr erfolgte der Befehl für den Angriff. Das vereinbarte Codewort für den Beginn am nächsten Morgen lautete „Dortmund“. Am 22.6. um 03:05 Uhr in der Früh begann der rassenideologische Vernichtungskrieg mit barbarischen Kriegsverbrechen, Massenerschießungen durch Einsatzgruppen und dem gezielten Aushungern. Ruhm und Ehre ist da für die Wehrmacht nicht zu vermitteln.

85 Jahre später feiern wir nun unsere Soldaten. Ich will sie keineswegs mit den Nazis gleichsetzen. Die Bundesregierung muss etwas tun, schließlich soll die Bundeswehr zur „konventionell stärksten Armee Europas“ werden.



Mir bereitet der Zeitpunkt besondere Bauchschmerzen. Die deutsche Armee an einem solchen Tag zu feiern, ist nicht angebracht. Wie kommt das bei unseren Nachbarvölkern so an? Was werden die Russen sagen, dass wir sie zum dauerhaften Feind erklären? Wie wirkt die Russophobie angesichts der Situation, dass es nahezu keine sowjetische Familie gibt, die keine Toten in diesem Krieg zu beklagen hatte? Mir ist unwohl.

Nun, ich begehe den 21. Juni Jahr anders.

Ich fahre mit meiner Gewerkschaft zu verschiedenen Stätten des Widerstandes und des Gedenkens, zuerst ins Nationale Museum für Widerstand und Menschenrechte nach Esch-sur-Alzette in Luxemburg und dann nach Ban Saint-Jean in Frankreich. Dort gibt es eine internationale Kundgebung von Gewerkschaftern.

Wir gedenken der schätzungsweise 27 Millionen Toten der sowjetischen Völker. Etwa ein Drittel der Toten entfiel auf Soldaten, zwei Drittel auf die Zivilbevölkerung. Die Rote Armee befreite dann Europa vom Faschismus. Diese Soldaten beendeten im Zweiten Weltkrieg die Schreckensherrschaft der Nazis. Sie waren die Befreier nicht nur des KZs Auschwitz. An diese Veteranen möchte ich denken.

So kann man sich zur Sommersonnenwende entscheiden, wie man den Tag begeht. Geschichtsvergessen oder wollen wir aus unserer Geschichte lernen?

Meine Freunde von der Saar sagen gemeinsam mit Freunden aus Frankreich und Luxemburg: Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter. Wir kämpfen über Ländergrenzen hinweg für den Frieden, laut erklingt unser Ruf:

„Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“

**Protest gegen AfD:**

# Für Vielfalt und Demokratie nach Erfurt

Am 4. und 5. Juli will die AfD in Erfurt ihren Parteitag abhalten. Dagegen gibt es vielfältigen Protest. Der DGB ruft dazu auf, gemeinsam ein deutliches Zeichen für Demokratie, Solidarität und eine offene Gesellschaft zu setzen. ver.di beteiligt sich an den Protesten und setzt von Saarbrücken einen Bus zur zentralen Kundgebung an der Messe Erfurt ein.

Die Landtagswahlen, Trumps zweite Amtszeit und der Aufstieg rechter Kräfte machen für viele die Gefahr einer faschistischen Entwicklung greifbar. Aber dagegen gibt es auch vielfältigen Widerstand, so auch gegen den geplanten Bundesparteitag der AfD am 4. und 5. Juli in Erfurt. Schließlich stellt diese extrem rechte Partei Menschenrechte wie auch demokratische und soziale Rechte in Frage. Ganz aktuell hat sich im Saarland deren Fraktionsvorsitzender im Landtag, Josef Dörr, gegen die um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Stahlarbeiter gestellt.

Zu den Aufrufern, die zum Protest gegen die AfD aufrufen, gehört auch der ver.di-Landesbezirk Rheinland-Pfalz-Saarland.

Die AfD hält ihren Parteitag genau 100 Jahre nach dem NSDAP-Parteitag in Weimar ab. Dieser Parteitag damals in Weimar gilt als ein Kristallisationspunkt im Aufstieg des deutschen Faschismus. Nun wird befürchtet, dass auch dieser Parteitag der AfD in Erfurt zu so einem Punkt für die AfD werden könnte, hat diese Partei bei den aktuellen Umfragen immerhin den größten Stimmenanteil aller Parteien.

ver.di stellt fest, dass die Politik der AfD das „Miteinander in den Betrieben“ schwächt und neue Gräben schafft. Man habe an der Seite der Beschäftigten zu

stehen und man setze sich für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Solidarität ein. ver.di meint in dieser Auseinandersetzung, jede Aktionsform zähle. Sie haben den Aufruf „Wir stehen zusammen! Vielfältig, solidarisch und weltoffen.“ unterzeichnet.

Es besteht die Möglichkeit der kostenlosen

An- und Abreise mit ver.di. Wir fahren am 4. Juli um 4 Uhr ab Saarbrücken nach Erfurt, Rückfahrt ist für 19 Uhr am gleichen Tag geplant. Wer mitfahren will, melde sich bitte per Mail bei [@verdi.de](mailto:@verdi.de).

## DEMOKRATIE- VERTEIDIGER



# DEMO KRATIE- AKTIVIST

„Für Frieden und Abrüstung  
und soziale Sicherheit

**Rainer**  
ver.di Ortsverbands-  
vorsitzender



## Alle nach Erfurt!

ver.di

Der ver.di-Landesbezirk Rheinland-Pfalz-Saarland sowie die Bezirke Saar-Trier, Pfalz und Mittelrhein rufen ihre Mitglieder zur Unterstützung der Proteste gegen den AfD-Bundesparteitag am 4. Juli auf!

Dazu werden Busse aus Saarbrücken, Kaiserlautern und Mainz für eine kostenlose An- und Rückreise organisiert.

Nächster Halt:  
Zusammenstehen!



Die Politik der AfD schwächt das Miteinander in den Betrieben und schafft neue Gräben statt Lösungen. Darum stehen wir an der Seite aller Beschäftigten und setzen uns für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Solidarität ein.

Anmeldung bei  
[max.rudel@verdi.de](mailto:max.rudel@verdi.de)

**Gewerkschaften gegen Krieg:**

# International für Frieden

**Wir sagen nein zur Aufrüstung, nein zur Wehrpflicht und ja zu gut finanzierter Gesundheitsversorgung, Bildung und öffentlichen Dienstleistungen, zu guten Arbeitsplätzen und höheren Löhnen. So die Aussage der Internationalen Anti-Kriegs-Konferenz, die am 21. Juni in London stattfand.**

Unter Beteiligung von fast 3.000 Personen aus Europa, Nordamerika und dem Nahen und Mittleren Osten hat am Samstag in London die zweite internationale Anti-Kriegs-Konferenz in Europa innerhalb von nur neun Monaten stattgefunden. Schon am 5. Oktober 2025 waren mehr als 4.000 Aktivisten in Paris zusammengekommen, um auf einem internationalen Treffen gegen den Krieg gegen die beispiellose derzeitige Militarisierung in ganz Europa zu protestieren. Auf der Konferenz in London sprach u.a. die Gewerkschafterin Ulrike Eifler über Widerstand gegen Aufrüstung und Krieg. Auch unsere Kollegin Bundestagsabgeordnete der Linken und Mitglied im ver.di Landesfachbereichsvorstand Julia C. Stange aus Mainz war in London dabei. Ihre Rede in englisch kann auf Instagram angeschaut werden.

Zu der Konferenz waren außer individuellen Teilnehmern Delegationen von Aktivisten aus rund 20 Ländern angereist. Recht stark vertreten waren vor allem Gewerkschaften, darunter Unison, die mit über 1,4 Millionen Mitgliedern größte Einzelgewerkschaft Großbritanniens; die kämpferische britische Eisenbahnergewerkschaft RMT; aus Frankreich die großen Gewerkschaften CGT sowie Force ouvrière; aus Italien die CGIL sowie weitere Gewerkschaften aus den genannten wie auch anderen Ländern. Organisiert worden war die Konferenz von der Stop the War coalition, die Ende September 2001 zum Kampf gegen den damals bevorstehenden Krieg in Afghanistan gegründet worden und an der Organisation der Demonstration gegen den bevorstehenden Irakkrieg am 15. Februar 2003 beteiligt war; damals gingen eine Million Menschen, vielleicht gar deutlich mehr, in London gegen den Krieg auf die Straße.



Konkret richteten sich die Beiträge auf der Konferenz zum einen gegen die gegenwärtigen Kriege, die mehrheitlich von den USA und zum Teil auch Israel

**FRIEDENSKONFERENZ SÜDWEST**

**Globale Umbrüche, Repression  
und Gegenstrategien mit  
regionaler Vernetzung**

**Block 1: Geopolitische Analyse**  
mit **Peter Wahl**, Publizist mit Schwerpunkt  
Internationale Beziehungen

**Block 2: Gesellschaftliche Formierung,  
Meinungsmanipulation, kognitive Kriegs-  
führung und Repression**  
mit **Ninon Colnerio**, Rechtswissenschaftlerin  
ehem. RichterIn am Europäischen Gerichtshof  
und **Renate Dillmann**, Politikwissenschaftlerin und Journalistin

**Block 3: Vernetzung**  
Vom Podium aus werden Kampagnen, Initiativen und Ideen vorgestellt und diskutiert.

**So. 5. Juli 2026 | 12 - 18 Uhr in Karlsruhe,  
großer Saal im Akropolis-Ziegler-Restaurant, Baumeisterstraße 18**

Weitere Infos zu Programm, Veranstaltungsort und Anmeldung:  
[http://friedensnetzwerk-suedwest.de/2026-07-05\\_tageveranstaltung/](http://friedensnetzwerk-suedwest.de/2026-07-05_tageveranstaltung/)

geführt werden – so im Libanon, im Gazastreifen; gegen den US-Überfall auf Venezuela und die Verschleppung von Präsident Nicolás Maduro und gegen die militärische US-Drohpolitik gegen Kuba, aber auch gegen die Kriege im Sudan, in der Demokratischen Republik Kongo, im Sahel.

Nicht weniger prangerten diverse Redner die Hochrüstung in der EU an, so etwa das 800 Milliarden Euro schwere EU-Programm Rearm Europe. „Wir wollen keinen US-Imperialismus, und wir wollen keinen europäischen Imperialismus“, äußerte etwa Lindsey German, Gründungs- und bis heute führendes Mitglied der Stop the War campaign. Viele Redner stellten den unlösbaren Zusammenhang der Militarisierung mit dem Komplettabriss der sozialen Sicherheitssysteme heraus, der zur zurzeit in ganz Europa stattfindet; „Austerität und Militarisierung“ seien lediglich „zwei Seiten derselben Münze“, hielt etwa Ian Hodson, Präsident der Bakers, Food and Allied Workers' Union (BFAWU) fest und konstatierte mit Blick darauf, dass die Regierung des scheidenden Premierministers Keir Starmer unter anderem Geld für Rollstuhlfahrer gekürzt hatte, um die Rüstung zu finanzieren: „Menschen mit Behinderung zahlen für den Krieg!“

## Mediclin hat einen Tarifvertrag

# Systematisch mit Ausdauer

**Die Kolleginnen und Kollegen der Mediclin Bosenberg Kliniken im Saarland haben das scheinbar Unmögliche möglich gemacht. Sie haben einen eigenen Tarifvertrag erkämpft.**

Einen Tarifvertrag zu erkämpfen ist gar nicht so einfach. Das braucht Kraft und Mut. Das beeindruckt schon und es lohnt sich in Zeiten der Niederlagen, diesen Kampf genauer anzusehen, zumal auch der Ortsverein sich in Solidarität daran beteiligte, so z.B. am 23.9.23 als wir uns am Aktionsstand in St. Wendel beteiligten und am 5. Juli 24, als die Streikenden das Sommerfest feierten und wir den Schwenker für die Kollegen übernahmen.



In der „mittendrin“, der ver.di-Fachbereichszeitung, erklärten die Mitglieder der ver.di-Tarifkommission beim Reha-Betreiber Mediclin Eileen Werkle, Frank Eigner, Jacqueline Heylmann, Nicole Heinrich und Stefan Brill auf die Frage, wie sie das geschafft hätten, in sechs Worten: „Vor allem mit sehr viel Ausdauer.“ Sie haben die Tage gezählt. Es brauchte insgesamt 1.114 Tage, bis aus der 2023 entstandenen Idee des Tarifvertrags am 10. April 2026 eine unterschriebene Vereinbarung wurde.

Der Arbeitgeber hat alles daran gesetzt, das zu verhindern. Er spielte auf Zeit, brach die Verhandlungen zwischendurch ab, drohte sogar mit der Schließung der Klinik. Die Kolleg\*innen schreiben: „Doch wir haben uns nicht beirren lassen. Wir wissen, dass wir wertvolle – und für das Unternehmen gewinnbringende – Arbeit leisten.“

Das Wichtigste war, dass sich viele in ver.di organisiert haben. Denn in St. Wendel wurde ganz klassisch die „bedingungsgebundene Tarifarbeit“ angewandt. Am Anfang waren sie es 15 Mitglieder. Jetzt sind fast 140 Kolleg\*innen dabei – die große Mehrheit der Belegschaft. Nur so war es im Sommer 2024 möglich, 35 Tage am Stück zu streiken.

Die Gewerkschaftssekretärin Lisa Summkeller hat mit viel Umsicht, die Solidarität entwickelt und ganz systematisch die Stärke aufgebaut und dann auch

klug eingesetzt. Es wurden konkrete Meilensteine vereinbart. Als ein Drittel der Belegschaft organisiert



war, wählte man eine Tarifkommission, als der Organisationsgrad von 50% reicht war, wurde der Arbeitgeber zu Tarifverhandlungen aufgefordert. Das alles geschah transparent und wurde ganz offen kommuniziert.

Dabei wuchsen die Kolleginnen und Kollegen zu einer tollen Gemeinschaft zusammen. „Nur so steht man das durch. Ganz wichtig dafür: offen miteinander zu reden, auch über die eigenen Ängste.“ So beschreiben das die Mitglieder der Tarifkommission.

Die Anstrengung hat sich gelohnt. Zum Beispiel für Nicole, eine der Logopädinnen: Sie verdiente 3.450 Euro brutto, jetzt sind es 4.655 Euro – über 1.200 Euro mehr! Oder die Diplom-Sportlehrerin Anne, deren Gehalt sich um fast 50 Prozent erhöht hat.

Es ist aber nicht nur das Geld, betonen unsere Kolleginnen und Kollegen vom Bosenberg. Sie schließen ihre Erfahrung mit folgenden Worten ab: „Wir haben erlebt, dass wir gemeinsam etwas bewegen können. Von dieser Erfahrung werden wir noch lange zehren.“



Transformation:

# Stirbt der Stahl, stirbt unser Land

**Etwa 12.000 Stahlarbeiter haben am 12. Juni in Völklingen für die Zukunft ihrer Arbeitsplätze demonstriert. Hintergrund sind geplante Änderungen beim europäischen Emissionsrechtehandelssystem (ETS), das die Grundlage für die Transformation der saarländischen Stahlindustrie hin zu CO<sup>2</sup>-reduziertem Stahl ist.**

Drei große Demonstrationen zogen durch die Stadt und vereinten sich zur Kundgebung auf dem Hindenburgplatz. Die IG Metall rief EU und Bundesregierung auf, am Umbau hin zu einer klimafreundlichen Stahlindustrie festzuhalten.

Unser ver.di Ortsverband Saar-Blies unterstützte solidarisch die Stahlarbeiter und war bei der Demonstration und Kundgebung dabei. Mit diesem großen Aktionstag haben Beschäftigte, Gewerkschaften und Un-



ternehmen in Völklingen für die Zukunft der Stahlindustrie demonstriert.

Rund 40 Industriekonzerne fordern gegenüber der EU-Spitze, den europäischen Emissionshandel aufzuweichen. Im Sommer steht eine Revision des Emissionshandels an, die EU-Kommission will im Juli Vorschläge vorlegen. Wenn das bestehende System fortgesetzt werde, würde es zu einer Verlagerung von Produktion und zu Werksschließungen kommen, heißt es in einem Schreiben an EU-Ratspräsident António Costa und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Zu den Unterzeichnern gehören die Chemiekonzerne BASF, Evonik und Covestro sowie die Stahlkonzerne Thyssen-Krupp und Arcelor-Mittal.

Was nützen die modernsten Stahlföfen Europas, wenn der grüne Stahl keinen verlässlichen Abnehmer findet, fragen sich die Saarländer. Wer jetzt in klimaschonende Produktion investiert, braucht die Garantie, dass sein Produkt auch gekauft wird. Diese Garantie fehlt. Ohne staatlich garantierte Absatzmärkte – etwa durch eine verbindliche Pflicht zur Beschaffung von grünem Stahl bei öffentlichen Infrastrukturprojekten – bleibt die Transformation ein Hochrisiko-projekt.

Lars Desgranges, 1. Bevollmächtigter der IG Metall



Völklingen, ordnete in Völklingen die Kämpfe der Stahlarbeiter ein:

„Seit zehn Jahren führen wir als IG Metall unsere Kampagne „Stahl ist Zukunft“. Inzwischen sind wir in der vierten Phase dieser Kampagne angekommen. In Phase eins mussten wir zunächst Land, Leute und vor allem die Politik überzeugen, dass Stahl in Deutschland und Europa systemrelevant ist, wenn man den Industriestandort Deutschland mit funktionierenden Lieferketten erhalten möchte.

In der zweiten Phase mussten wir die Stahlkonzerne überzeugen, dass beide Standorte in Dillingen und Völklingen transformiert werden müssen und dass Transformation auch eine soziale Komponente haben und der Erhalt von Arbeitsplätzen an der Saar im Mittelpunkt stehen muss.

In der dritten Phase ab 2023 kämpften wir ebenfalls mit tausenden Metallerrinnen und Metallern auf den Straßen für einen Förderbescheid, damit der Umbau der Stahlindustrie auch finanziell gestemmt werden kann.

Und nun geht es darum, dass alle diese Schritte der letzten zehn Jahre nicht ins Leere laufen, da die europäische Politik den Emissionsrechtehandel, der seit 2005 unser Handeln mitbestimmt, nun abschwächen, aufschieben oder sogar rückabwickeln möchte. Dies würde die Transformation der saarländischen Stahlindustrie und damit auch das Vertrauen in die Verlässlichkeit von der Politik für immer zerstören.“



## Vorschläge der Rentenkommission vorgestellt:

# Und nun die Rente

Beim großen Schleifen des Sozialstaats hat sich die Bundesregierung als letztes die Renten aufs Korn genommen. Die Einzelvorschläge der „Rentenkommission“ sorgen für Wirbel. Wieviel von den 33 avisierten Eingriffen in die gesetzliche Altersversicherung, die am 23. Juni offiziell vorgestellt wurden, umgesetzt werden, bleibt vorerst offen, auch wenn Bundeskanzler Friedrich Merz dem Vorschlagspaket umgehend „volle Rückendeckung“ gab.

Kritik am Bericht der Alterssicherungskommission kommt dagegen vom Deutschen Gewerkschaftsbund von der ver.di. Kritisiert wird vor allem die geplante Streichung der Renten für langjährig und besonders langjährig Versicherte. „Die Abschaffung der Rente nach 45 Beitragsjahren ist aus Sicht des DGB falsch“, sagte die Vorsitzende Yasmin Fahimi. „Rentenpolitik ist eben nicht nur Mathematik – sie sei auch eine Frage der Gerechtigkeit.“

Die Bundesregierung müsse die Lebensleistung der Menschen anerkennen, so Fahimi. Wer durchschnittlich mehr als zehn Jahre länger Beiträge zahlt, müsse auch zwei Jahre früher in Rente gehen dürfen. Viele schaffen es schon heute nicht, gesund bis zum Renteneintritt zu arbeiten. „Daher ist es falsch, das Ren-

tenalter pauschal zu erhöhen und den Renteneintritt an die Lebenserwartung zu koppeln – denn das geht an der Realität der Menschen vorbei“, fügte Fahimi hinzu.

„Wer 45 Jahre seinen Buckel krumm gemacht hat, muss ein Recht darauf haben, abschlagsfrei früher in Rente gehen zu können“, sagte auch der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke. Auch der vorzeitige Renteneintritt für langjährig Versicherte mit 35 und mehr Beitragsjahren sei wichtig. „Abertausende, ob in der Pflege, der Paketzustellung, der Abfallwirtschaft oder anderswo, können schlicht aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr weiterarbeiten und müssen häufig vorzeitig in Rente gehen“, betonte Werneke. „Die Lebensleistung dieser Menschen abzuwerten, ist



nicht akzeptabel.“

In der Auseinandersetzung wird gelogen. So meinte „Arbeitgeberpräsident“ Dulger: „Es ist den Beitragszahlern nicht zu vermitteln, dass die Renten in diesem und dem kommenden Jahr mit jeweils über 4% deutlich stärker steigen sollen als Löhne und Preise.“ Dabei weiß dieser Herr (der nie von gesetzlicher Rente leben muss) ganz genau, dass die Renten nicht willkürlich erhöht werden, sondern an die Reallohnentwicklung gekoppelt sind. Mit anderen Worten: er lügt. Im Gegenteil, die Rentenerhöhung wird aufgrund des Nachhaltigkeitsfaktors sogar gegenüber den Löhnen gedämpft. Dulger lügt nicht nur, er lügt dicke! Und er versucht damit, die beitragszahlenden Arbeiter gegen die Rentner aufzubringen.

In den Talkshows wird geschwafelt, die Renten seien in Deutschland zu hoch. Diese wiederholt in die Debatten gestreute Behauptung soll den Eindruck erwecken, die Renter in Deutschland würden weltweit mit an der Einkommensspitze liegen. Tatsächlich ist im internationalen Vergleich der Industrieländer die gesetzliche Rente in Deutschland unterdurchschnittlich, obwohl Deutschland wirtschaftlich zu den stärksten Ländern gehört. Das Rentenniveau – Rente in Prozent des letzten regulären Einkommens – liegt im OECD-Durchschnitt bei 61%. Das Rentenniveau in Deutschland liegt deutlich darunter bei etwa 48 Prozent. Deutschland wendet trotz höherer Wirtschaftsleistung weniger vom BIP für Rentner auf als die meisten Vergleichsländer. Ursache dafür ist schnell benannt. Das Geld wandert in andere Taschen. Zum einen in die Taschen der Superreichen und Milliardäre. Kaum irgendwo sonst ist deren Zahl so sehr angestiegen wie in Deutschland. Zum anderen reicht das Geld für die geplante Militarisierung der Gesellschaft hinten und vorne nicht. Kaum ein anderes Land steigert aktuell seine direkten und indirekten Militärausgaben so stark wie Deutschland und belastet seine Staatshaushalte damit.

Schon jetzt breitet sich Altersarmut seit Jahren rasant aus. Inzwischen müssen ca. 800 000 Rentner sogar Grundsicherung beziehen. Die Anzahl Rentner, die Grundsicherung erhalten, ist letztes Jahr um 3,4 Prozent angestiegen. Die Rentenerhöhung wird auf die Grundsicherung angerechnet.

Die Bruttorenten sollen statt auf Basis der „Lohnentwicklung“ auf Basis der Inflationsrate erhöht werden. Das bedeutet im Klartext Jahr für Jahr Verluste bei den Real-einkommen aller Rentner:innen und damit weitere Absenkung des heute schon unterdurchschnittlichen Rentenniveaus.

Wenn das Rentenniveau jetzt Schritt für Schritt abgesenkt wird, dann wird das im Alter vor allem die Jungen treffen.

Zudem soll das Renteneintrittsalter Schritt für Schritt erhöht werden. Auch das wird vor allem die jetzt Arbeitenden treffen. Besonders wer körperlich hart arbeitet oder in seinem Arbeitsleben hohem Stress ausgesetzt ist, läuft Gefahr das neue Renteneintrittsalter gar nicht mehr gesund erreichen zu können. Es drohen zusätzliche Abschlüsse und gleichzeitig eine kürzere Bezugsdauer.

Der Gipfel an Zynismus sind Vorschläge, bei denen zum Beispiel pflegenden Angehörigen die Rentenbezugspunkte genommen werden sollen.

ver.di hat bereits mehrere Protestaktionen organisiert. Der Bezirksvorstand drängt auf mehr Aktionen. Leider vermeiden die Verantwortlichen in den offiziellen Verlautbarungen Aussagen zum Kriegskurs, der sich wie eine Schlange um den Hals des Sozialstaats schlingt.

Jetzt gilt es des, Beschäftigten und unsere Mitglieder zu organisieren, so die Stimmung im OV Saar-Blies. Auf der Sitzung am 11. Juni meinte Kollege Michael Quetting in seinem Einführungsreferat zur Diskussion der gewerkschaftspolitischen Lage: „Die Regierung und das Kapital verraten und verhöckern momentan alles für ihre Profit- und Kriegswirtschaft: Sozialstaat, Feiertage, 40 Stundenwoche, Rentensystem, Acht-Stunden-Tag und Gesundheit sowie Beschäftigtenrechte. Dieses Trommelfeuer an Angriffen auf die Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung macht eine gebündelte Antwort, einen Stärkeaufbau und einen Kampfplan notwendig. Wir sollten nicht mehr einfach darauf hoffen, dass irgendwer unsere Interessen in die Hand nimmt, das müssen wir selbst tun. Wir sollten den Klassenkampf von oben nicht beklagen, sondern den Klassenkampf von unten führen.“



## Kundgebung vor dem Rathaus:

# Beschäftigte der ASS fordern Tarif

Am Freitag, dem 5. Juni 2026, versammelten sich die Beschäftigten der Abfallwirtschafts-Gesellschaft Saarbrücken (ASS mbH) vor dem Saarbrücker Rathaus.

Die Kollegen fordern den Abschluss eines Tarifvertrags. Hintergrund sind schlechte Bezahlung, hohe Arbeitsbelastung und mangelhafte Ausstattung. Da es sich bei der ASS mbH um eine 100-prozentige Tochter der Landeshauptstadt Saarbrücken handelt, sehen die Beschäftigten auch Oberbürgermeister Uwe Conradt in der Verantwortung.

„Wir leisten jeden Tag einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge und zum Funktionieren unserer Stadt. Gleichzeitig werden wir als Beschäftigte zweiter Klasse behandelt“, sagt Kai Hamelmann, Fahrer und Mitglied der Tarifkommission. „Wir fordern die Anerkennung des TVöD für die Beschäftigten der ASS mbH, um diese Ungerechtigkeit zu beenden“, so Hamelmann weiter.

Tatsächlich ist das städtische Unternehmen bislang nicht tarifgebunden. Während die Beschäftigten des Zentralen Kommunalen Entsorgungsbetriebs (ZKE) direkt bei der Stadt angestellt sind, verdienen die Beschäftigten bei der ASS mbH deutlich weniger und arbeiten unter schlechteren Rahmenbedingungen.

„Der Umgang mit den Beschäftigten zeigt, dass die Landeshauptstadt ihrer sozialen Verantwortung als Arbeitgeberin nicht gerecht wird“, betont der zuständige Gewerkschaftssekretär Sebastian Balzert.

„Vor dem Hintergrund steigender Lebenshaltungskosten und eines zunehmenden Vertrauensverlusts in die kommunale Daseinsvorsorge sendet die Stadt ein fatales Signal. Wir erwarten, dass die Verantwortlichen unverzüglich gegensteuern.“

In einer ersten Verhandlungsrunde am 20. April lehnte die Geschäftsführung der ASS mbH die Forderungen ihrer Beschäftigten ab. Oberbürgermeister Conradt war bislang nicht bereit, mit den Beschäftigten der städtischen Tochtergesellschaft persönlich zu sprechen.

## Bundeskongress 2027

# Ortsverein nominiert Kollegen Quetting

Der 7. ordentliche ver.di-Bundeskongress findet vom **19. bis zum 24. September 2027 in Berlin** statt. Jetzt finden überall die vorbereitenden Konferenzen statt.

Der Ortsverein hat in seiner Sitzung am 11. Juni der Bezirkskonferenz Saar-Trier vorgeschlagen, auch einen Delegierten aus dem Ortsverein zum Kongress zu wählen. Die Kolleginnen und Kollegen nominierten dazu den Kollegen Michael Quetting, als Vertreter für ihn wurde Rainer Tobae und als zweiten Stellvertreter Rolf Strauß benannt.

## G7 traf sich in Évian:

# Mit Trump im selben Team

Man traf sich in Frankreich, die sogenannten G7. Bundeskanzler Merz schenkte dem US-Präsidenten Trump ein deutsches WM-Trikot. Schließlich ist der 80 Jahre alt geworden und man hatte das Treffen extra um einen Tag verschoben, denn Herr Trump feierte seinen Ehrentag auf dem Gelände des Weißen Hauses mit einem blutigen Käfigkampf.

Und nun schenkt unser Oberhaupt dem Herrn aus Übersee ein Trikot der deutschen Fußball-Nationalmannschaft mit dessen Namen und der Nummer 47. Die Rückennummer ist eine Anlehnung an Trumps Amt als 47. Präsident der Vereinigten Staaten.

Trump wiederum gab dem Kanzler gönnerhaft die Hand und wandte sich ab. Es brauchte einen zweiten Anlauf, damit sich Trump herabließ und das Hemd entgegennahm. Und Merz ließ uns wissen. Wir spielen im selben Team.

Schauen wir uns dieses „Team“ mal an. Der Anteil der G7 an der globalen Wirtschaftsleistung liegt nominell bei etwa 44 Prozent, ist aber kaufkraftbereinigt auf weniger als 30 Prozent gesunken (lag im Jahr 2000 bei mehr als 60 Prozent), ihr Anteil an der Weltbevölkerung auf weniger als zehn Prozent (1980 etwa 14 Prozent). Zum Vergleich: Die BRICS-Staaten erwirtschafteten 2000 etwa acht Prozent des nominalen globalen BIP, heute etwa 30 Prozent, kaufkraftbereinigt rund 40 Prozent. Ihr Anteil an der Weltbevölkerung liegt mit knapp vier Milliarden Menschen bei 48 Prozent.

## 70 Jahre:

# Glückwunsch, Charlotte

Am 24. Juni wurde unsere stellvertretende Vorsitzende Charlotte Matheis 70 Jahre alt.

Charlotte ist Krankenschwester und hat in ver.di die unterschiedlichsten Funktionen wahrgenommen, so war sie jahrelang für das Saarland im Kontroll- und Beschwerdeausschuss von ver.di. Im Kampf um Entlastung war sie eine wichtige Schlüsselfigur.

Als Anästhesiefachkraft in der Homburger Uniklinik wurde sie 2018 bundesweit bekannt, als die Uniklinik versuchte, die aktive Personalrätin außerordentlich und fristlos zu kündigen. Man einigte sich nach entsprechendem Druckaufbau in einem Vergleich.

Der Ortsvorstand gratuliert Charlotte zum Geburtstag und wünscht ihr Gesundheit und hofft noch lange Anteil an ihrem Engagement haben zu dürfen.

### Impressum:

#### Herausgeber: ver.di OV Saar Blies. Der Vorstand

ViSdP: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier  
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken

<https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar>

Kontakt: [christian.umlauf@verdi.de](mailto:christian.umlauf@verdi.de)

OV-Vorsitzender: [Rainer.Tobae@web.de](mailto:Rainer.Tobae@web.de)

Redaktion und Bestellung: [Michael@Quetting.de](mailto:Michael@Quetting.de)

Fotos: Michael Quetting

Der Rundbrief erscheint als pdf